

Sozialökologischer Umbau und Gewerkschaften*

Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium der Politischen Wissenschaft in Berlin, lehrt Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung. Zahlreiche Veröffentlichungen; zuletzt: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur - Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte, Münster 1996.

Der ökologische Diskurs - soweit er in den Gewerkschaften geführt wird - läßt sich zwischen zwei Polen verorten: der radikalen Kritik im Namen der „Basis“ an den

* Überarbeitetes Referat auf dem Hattinger Forum zum Thema: „Sind sozialökologische Reformen mit den Gewerkschaften machbar?“ vom 22. bis 24. November 1995.

Gewerkschaftsführungen, denen in ökologischen Fragen eine „Verfilztheit“ mit dem Kapital vorgeworfen wird („Atomfilz-Vorwurf“ etc.), und der optimistischen Sicht, die die Lösung der ökologischen Probleme mit der Lösung der sozialen Probleme verbinden will („Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“). Beide angebotenen Lösungen werden aber der Komplexität des Problems kaum gerecht.

Im folgenden sollen einige Voraussetzungen einer sozialökologischen Reform der Industriegesellschaft und der Stellung der Gewerkschaften darin diskutiert werden. Dabei wird das Verhältnis von Ökonomie, Gesellschaft und Ökologie im Vordergrund stehen. Und das heißt wiederum, daß nicht - sozusagen auf der naturwissenschaftlichen Ebene - nach den *Ursachen* der ökologischen Krise gefragt wird, also nach Kausalketten im Sinne eines „Wenn - dann“. Es sollen hier vielmehr die *Gründe*, die Handlungen der Menschen und der Sinn, die Menschen mit ihrem Handeln verbinden, diskutiert werden; Handeln, das dazu führt, daß wider besseres Wissen und Wollen Menschen tagtäglich dazu beitragen, das Ökologieproblem zu produzieren oder zu verschärfen.¹ Und das heißt auch, daß es hier nicht um „gute“ oder „schlechte“ Menschen geht, sondern um - wie Soziologen es ausdrücken - Handlungsrationa- litäten, also um ein sogenanntes „vernünftiges“ Handeln im Sinne einer optimalen Mittelausnutzung im Rahmen vorgegebener Ziele, die dann zu solch unvernünftigen Folgen, wie sie sich in der Ökologiekrise zeigen, führen.

Kausalität ökologisch schädlichen Verhaltens

Einzelne Individuen verfolgen in gesellschaftlichen Systemen ihre Privatinteressen, die durch die Zwecke, die die jeweiligen Systeme ihnen vorgeben, definiert sind: Ein *Unternehmer* z. B. wird seine Produktion so einrichten, daß mit möglichst wenig Kosten und einer optimalen Mittelkombination der Zweck des Unternehmens, nämlich „aus Geld mehr Geld zu machen“ (also Gewinn zu erzielen), erfüllt wird. Tut er dies nicht, dann wird er nicht nur sein Ziel eines maximalen Gewinns verfehlen, sondern unter Umständen auch sehr schnell seine Funktion als Unternehmer in der Konkurrenz verlieren - was dann bekanntlich auch Folgen für die von ihm beschäftigten Arbeitnehmer hätte. Ein *Konsument* seinerseits wird zum Zwecke der Erfüllung des Konsumzieles möglichst wenig Mühen auf sich nehmen; er wird daher Produkte benutzen, die ihn individuell entlasten, und er wird zudem möglichst preisgünstige Produkte verwenden; er wird deshalb beim Einkauf die Kostensenkungsstrategien jener Unternehmen honorieren, die ihre Waren mit möglichst geringen Kosten herstellen und so preisgünstig anbieten können.

Handlungen im vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen sind also „rational“ („vernünftig“), wenn sie mit möglichst wenig Kosten bzw. Mitteln und deren optimaler, zweck orientierter Kombination ans Ziel führen, mithin *effizient* organisiert sind. Effiziente Handlungen in marktwirtschaftlichen bzw. privaten Systemen sind privat, einzelwirtschaftlich oder individuell und nicht auf die Gesellschaft als Ganzes oder ein Kollektiv hin orientiert; und sie sind auf die kurze Frist orientiert, weil die Früchte eines langfristig orientierten Handelns sich nicht gleich einstellen können. Langfristige Überlegungen, die Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Folgen und/oder der Versuch, diese individuell zu vermeiden, lohnen sich nicht in diesem Spiel, an dem wir *alle* teilnehmen! In kapitalistischen Marktwirtschaften erzwingt vor allem der Markt als Zielsystem ein solches Handeln von allen Marktteilnehmern - Produzenten wie Konsumenten.

¹ Die Unterscheidung zwischen Ursachen und Gründen wurde aus einem Beitrag von Johannes Berger zur Ökologiekrise übernommen: Johannes Bürger, Wirtschaft und Umwelt, in: A. Grolhe, U. Kadritzke (Hrsg.), *Versöhnung vor Ökonomie und Ökologie*, Berlin 1995.

Dies verweist auf ein grundsätzliches Problem effizienten Handelns in Marktgesellschaften: Solange kein ökonomischer oder moralischer Anreiz besteht, nachteilige gesellschaftliche oder natürliche Folgen des einzelwirtschaftlichen bzw. privatindividuellen Handelns zu vermeiden, wird man „vernünftigerweise“ diese auf die Gesellschaft oder die Natur abwälzen, denn der dann beim einzelnen Akteur als Mitglied der Gesellschaft anteilmäßig anfallende Nachteil ist zunächst kleiner als der unmittelbar anfallende private Nutzen: Die Verschmutzung der Umwelt z. B. schlägt zwar langfristig auch auf das Unternehmen als Verursacher zurück, z. B. in Form von höheren Versicherungsbeiträgen oder in Form höherer Steuern zum Zwecke der Reparatur der Umwelt - diese Kosten sind aber in der Regel geringer, da sie von allen getragen bzw. bezahlt werden, als z. B. die Kosten eines präventiven Einbaus eines Filtersystems durch das einzelne Unternehmen.

Diese Kosten-Nutzen-Rechnung gilt auch für den Konsumenten: Der Nachteil, der vom einzelnen Konsumenten zu tragen ist, wenn er teure, weil mit Rücksicht auf die Ökologie hergestellte, Waren kauft, oder wenn er auf das Auto verzichtet, um die Umwelt zu schonen, ist in der kurzen Frist größer als der mit anderen zusammen zu tragende allgemeine Nachteil, z. B. des Autoverkehrs, für die Gesellschaft. Zumal sich die Folgen des Verkehrs - bleiben wir bei diesem Beispiel - erst langfristig im Gesundheitssystem niederschlagen, Dritte und nicht den Verursacher selbst treffen können, und sich zudem der einzelne noch nicht einmal sicher sein kann, daß sein Verzicht von den anderen ebenfalls mit Verzicht honoriert wird. Umgekehrt „wird ein Schuh daraus“: Der Entlastungseffekt durch individuellen Verzicht auf das Auto könnte sogar eine andere mißliche Folge des Individualverkehrs, nämlich seine Selbstaufhebung im „Stau“, für die anderen (!) vermeiden helfen. Und auch der unmittelbare Produzent, der lohnabhängige Arbeitnehmer, wird von dieser Logik des Handelns geprägt, wenn er seinen Körper in der Arbeit kurzfristig vernutzt, um möglichst schnell möglichst viel Geld mit dieser Arbeit verdienen zu können, um sich außerhalb der Arbeit - wiederum als Konsument - bessere Lebenschancen kaufen zu können und sich dabei wenig darum kümmert oder unter dem Diktat betriebswirtschaftlicher Zwänge und der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft sich wenig darum kümmern kann, ob die vernutzte „Naturbasis“ seiner Existenz langfristig wiederherstellbar ist. Es „lohnt“ sich nicht, langfristig orientiert und kollektiv oder gesellschaftlich verantwortlich zu handeln - Trittbrettfahren (um ein Beispiel aus der Gewerkschaftsdiskussion zu nehmen) ist systembedingt angesagt! Effizientes, einzelorientiert „vernünftiges“ Handeln führt also dazu, daß der Gesellschaft permanent Folgekosten aufgebürdet werden, die diese dann kollektiv tragen muß; Ökonomen haben dies dann auch die Tragödie der öffentlichen Güter genannt, und das sind Güter, die insbesondere die Umwelt umfassen: Luft, Wasser, Böden etc.

Diese gesellschaftliche Struktur, die systematisch zu ökologischen Schäden führt, kann noch präziser dargestellt werden. Bisher wurden die ökologischen Folgekosten auf das einzelwirtschaftliche bzw. private Handeln zurückgeführt, das für sich genommen stets vernünftig begründbar war. Die moderne Gesellschaft ist nun aber gerade deshalb so leistungsfähig, weil das beschriebene rationale Handeln sich in immer spezialisierteren Teilsystemen vollzieht bzw. zu immer mehr Spezialisierung (sprich: Arbeitsteilung) führt - Soziologen nennen dies den Prozeß der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung. Das aber heißt: Der Erfolg des Handelns in immer weiter ausdifferenzierten Systemen wird gerade dadurch möglich und garantiert, daß die Handelnden sich nicht um die Folgen ihres Handelns in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen kümmern müssen - eben spezialisiert sind. Paradoxerweise wird dadurch solcherart Fortschritt extrem krisenanfällig, „normale Katastrophen“ (Charles Perrow) werden aufgrund dieser systematischen Nichtbeachtung der Folgen in anderen Teilsystemen geradezu zwangsläufig eintreten (Tschernobyl und Harris-

burgh sind da nur die Spitzen des Eisbergs). Vor allem werden - wie bereits erwähnt - die Folgekosten dieses ausdifferenzierten Handelns permanent auf andere „Teilsysteme“ der Gesellschaft abgewälzt: Schadstoffe, die z. B. an hochspezialisierten High-Tech-Arbeitsplätzen eingeatmet werden, müssen den forschenden Wissenschaftler, den Techniker, das betreffende Unternehmen nicht kümmern, denn sie werden -sofern die betriebliche Interessenvertretung oder die Gewerkschaft das Problem nicht aufgreift - nicht in diesem Unternehmen, sondern zeitverzögert im Gesundheitssystem zum Kostenfaktor - während derselbe Unternehmer sich vielleicht zugleich veranlaßt sieht, publizistisch gegen den „zu hohen Krankenstand“ und die „zu hohen Lohnnebenkosten“ zu wettern.

Wenn bisher Unternehmer, Arbeitnehmer und Konsument gleichberechtigt nebeneinandergestellt wurden, dann deshalb, weil die Logik ihres Handelns im Kern dieselbe ist. Dennoch müssen bei Betrachtung unserer Gesellschaft Unterschiede betont werden: Denn auch wenn sich die Logiken gleichen, so sind doch die Machtverhältnisse bei der Durchsetzung der jeweiligen Interessen unterschieden: Da die Unternehmer mit ihren Entscheidungen über Investitionen in der Regel zugleich über die Arbeitsplätze (also über die Einkommensquellen der abhängig Beschäftigten und über die sich daraus ableitenden ökonomischen Interessen) entscheiden, damit auch das Steueraufkommen in der Gesellschaft bestimmen und zudem mit den Entscheidungen über Märkte in der Regel auch die zukünftigen Konsumstrukturen wesentlich mitbestimmen, kommt ihnen eine „prominente“ Stellung in diesem ökologisch - und natürlich auch sozial prekären Spiel zu: Sie können der Gesellschaft gegenüber als strukturelle Macht auftreten, der nur durch die Organisation kollektiver Gegenmacht der jeweilig Betroffenen begegnet werden kann - deren Entfaltung gleichwohl auch von den Unternehmensentscheidungen mit abhängig ist. Allerdings wird mit dieser Argumentationsweise das zuvor Gesagte nicht widerlegt: Die Macht der Kapitalentscheidungen ist ja auch deshalb so durchschlagend, weil diese das individuelle Interesse der einzelnen ansprechen, mobilisieren können. Es reicht also nicht aus, „dem“ Kapitalismus die „Schuld“ zu geben (erinnert sei an die ökologische Katastrophe im „real existierenden Sozialismus“), und schon gar nicht reicht es aus, auf die Überwindung des Kapitalismus zu warten.

Aus all dem folgt, daß das „Ökologieproblem“ ein vielschichtig vernetztes Problemfeld ist, das - bei aller Beachtung kapitalistischer Machtstrukturen - nicht allem auf kapitalistisches Handeln reduziert werden kann: Es entsteht bei der Vermutung der vorhandenen begrenzten Naturressourcen in der einzelwirtschaftlichen Produktion (auch die Arbeitskraft ist eine solche Naturressource und somit Teil unseres Themas), es setzt sich fort im Prozeß der Produktion (oder Dienstleistung), in dem Schadstoffe freigesetzt und „externalisiert“, also auf die „Umwelt“ und die Gesellschaft abgewälzt werden via Schornstein, Abflußrohr oder Inkorporierung von Schadstoffen seitens der Beschäftigten; es setzt sich weiter fort im Prozeß der Anwendung des Produkts in der Produktion bzw. im privaten Konsum - was auch mit der Freisetzung von Schadstoffen verbunden sein kann, wie der Autoverkehr lehrt -, und es endet als Abfall- bzw. Altlastproblem auf der Deponie oder in der Müllverbrennungsanlage.

Überzogene Erwartungen an die Politik

Aus den bisherigen Ausführungen ergeben sich zwei zentrale Probleme für eine Politik des „sozialökologischen Umbaus“ der Industriegesellschaft: Es geht einmal um die individuellen und einzelwirtschaftlichen Handlungsrationatitäten, also um die private Interessenverfolgung auf Kostender öffentlichen Güter; es geht zum anderen um das Koordinationsproblem in ausdifferenzierten Gesellschaften, in denen die systematische Nichtbeachtung der Folgen spezialisierten Handelns für andere Teil-

Systeme der Gesellschaft zum Erfolgskriterium gehört. In beiden Fällen scheint jene Instanz gefragt zu sein, die schon immer das heimliche und bequeme „Objekt der Begierde“ gewerkschaftlicher Politik im Angesicht von gewerkschaftspolitisch nicht lösbaren gesellschaftlichen Probleme war: nämlich der Staat, die Politik, die durch Setzen von Regeln die individuelle und einzelwirtschaftliche Interessenverfolgung in gesamtgesellschaftliche Orientierungen einbindet; die Politik, die zugleich durch politische Steuerung die gesellschaftlichen Teilsysteme, also gesellschaftliches Handeln koordiniert, und die durch staatliche Investitionen in den Umweltschutz die nötigen Voraussetzungen für umweltgerechtes Handeln und sogar noch zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Leider sind wir inzwischen klüger geworden. Gerade das Umweltproblem ist für die Politikwissenschaft das klassische Feld für *Politikversagen* und für sogenannte *Vollzugsdefizite von Politik*. Dies aus zweierlei Gründen:

Erstens ist in Demokratien Politik immer an die Legitimation durch Wahlen in Zeitabständen, die in Legislaturperioden rechnen, gebunden, während Ökologische Entwicklungen und Krisen in Dekaden oder gar in Jahrhunderten rechnen. Damit wird Politik selbst abhängig von gesellschaftlichen Systemen, die einzelwirtschaftlich durch den Profit oder aber durch Konsumenteninteressen gesteuert sind. Politik wird so potentiell selbst Träger umweltschädigender gesellschaftlicher Entscheidungen und Entwicklungen - am Beispiel der gesellschaftlich mehrheitlichen Forderung nach Förderung des Individualverkehrs ließe sich dies leicht demonstrieren.

Zweitens wirkt Politik nur durch politikspezifische Instrumente, nämlich durch Recht und Geld. Ob Recht wirkt, ist einmal davon abhängig, ob es akzeptiert wird und durchsetzbar ist. Dies ist aber im Umweltrecht - den Arbeitsschutz eingeschlossen - deshalb so schwierig, weil das „gute Recht“, das man gesetzlich besitzt, in Konflikt treten kann mit den eigenen Handlungslogiken - z. B. am Arbeitsplatz, wo das Arbeiten ohne Schutzbrille, Maske oder Schutzanzug bequemer oder mit höherer Intensität möglich ist. weshalb auch der Unternehmer dies unter Umständen wohlwollend zur Kenntnis nimmt. Zudem sind oft die Informationen für die Politik, die als Basis einer sinnvollen Rechtssetzung dienen müssen, im komplexen ökologischen Bereich oft in einem unvorstellbaren Maße unvollständig. Hinzu kommt, daß bei der Gewinnung dieser Informationen die Politik oft auf die privaten Betreiber von Forschungs- und Produktionsstätten angewiesen ist und so der Informationsgehalt selbst durch Interessen bestimmt sein kann. Darüber hinaus muß Recht auch wirken können - dies ist aber angesichts der Komplexität des Umweltproblems höchst fraglich; oft ist es ja schon schwierig genug, bestimmte betrieblich bedingte Krankheiten kausal auf bestimmte Schadstoffe zurückzuführen, zumal dann, wenn der Kontakt mit diesen Stoffen Jahrzehnte zurückliegt und der betreffende Patient auch noch Raucher ist.

Ob Geld - das andere Mittel der Politik - wirkt, ist wiederum davon abhängig, ob es von Seiten der privaten Akteure akzeptiert wird. Auf die Unternehmens ebene bezogen: Wenn Subventionen niedriger sind als die zu erwartenden Kosten umweltschützender Investitionen, sind für die Unternehmen per Saldo die Profitraten in den betreffenden Produktionen weiterhin zu niedrig, was dazu führen kann, daß Umweltschutzinvestitionen unterlassen werden oder aber die Produktion nicht konkurrenzfähig wird. Und für den Konsum gilt: Der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und Anreize, durch billige, subventionierte Tickets öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, können unter Umständen die Bequemlichkeit und den Thrill des privaten Pkws auf der Wochenendtour nicht ersetzen, zumal offensichtlich das Auto längst über seinen eigentlichen Zweck hinaus libidinös besetzt ist. Wir sehen also, daß die Erwartungen, die in den Staat gesetzt werden, überzogen sind, auch wenn staatliche Vorgaben und Investitionen sicherlich unabdingbar sind zur Bewältigung des Ökologieproblems.

Rationales Handeln und das Prinzip Verantwortung

Wie aber ist dann überhaupt eine sozialökologische Reform der Gesellschaft möglich? Zunächst möchte ich eine wichtige Einschränkung zu den bisher vorgestellten Argumenten machen: Kein Mensch handelt als Akteur nur rational im Sinne der dargestellten Akteursrationalitäten - die gesamte Arbeiterbewegung hätte sonst nicht stattgefunden. Und auch für das Handeln von Unternehmern und „Führungskräften“ gilt, daß unterschiedliche „Kulturen“ und Orientierungsmuster das konkrete Handeln im Rahmen allgemein durch Systeme gesetzter Zwänge bestimmen. Akteurs handeln ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit immer mit Normen verknüpft, die aus gesellschaftlich gewordenen Strukturen resultieren und die das zweckrationale Handeln -um in der Begrifflichkeit von Max Weber zu bleiben - mit wertrationalen, also normativen Elementen verbinden.

Man kann sogar mit einigen Recht behaupten, daß ein zweckrationales Handeln allein auf Dauer schon deshalb nicht möglich ist, weil die dabei unterstellte Stabilität von Erwartungen nicht mehr hinreichend gesichert wäre: der Gesellschaft drohen nämlich durch eben dieses Handeln die Kohäsionskräfte, der „Kitt“, verloren zu gehen (die offenkundige Mißerfolge der Einführung der Marktwirtschaft in Gesellschaften, die normativ nicht auf die damit verbundenen Verhaltensregeln vorbereitet waren und die deshalb prompt die Marktwirtschaft zur Mafia Wirtschaft ummünzten - gemeint ist das marktwirtschaftliche Experiment in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion -verweisen hierauf). Für unseren Zusammenhang gilt, daß lebensweltliche und politische Kulturen - selbst auf der Ebene der Unternehmen und bei den Führungskräften - über unterschiedliche Unternehmenskulturen schon immer zweckrationales Handeln vermittelt haben, die im ökologischen Diskurs aufzugreifen und zu mobilisieren sind bzw. mobilisiert werden können, auch wenn sicherlich gerade die entwickelte moderne Gesellschaft dazu tendiert, die normativen Zusammenhänge in einer Gesellschaft durch die Auflösung soziokultureller Milieus, durch Tendenzen zur Individualisierung und Monetarisierung aller Lebensbereiche aufzulösen. Der Verweis auf ein zweckrationales Handeln kann insofern immer nur Handlungskorridore abstecken, die besonders im Konfliktfall – z. B. bei drohender Schließung eines Betriebes aufgrund umweltpolitischer Auflagen oder Forderungen - wirksam werden.

Die Lösung, die hier angeboten werden kann, greift diese gesellschaftlich-normative Unterfütterung jeglichen zweckrationalen Handelns auf: Es geht darum, daß über Aufklärung, durch gesellschaftliche Erfahrung und Bewegung, durch die Entwicklung gesellschaftlicher Widerstände (der Plural ist bewußt gewählt) und konkreter, machbarer Alternativen das Prinzip Verantwortung auf allen gesellschaftlichen Ebenen -vom Betrieb über den Konsum bis hin zur staatlichen Politik - als Norm in die Handlungsrationitäten und Interessen eingebaut wird, so daß Vollzugsdefizite der Politik vor Ort durch Mitbestimmung, gesellschaftliche Kontrolle und durch die freigesetzte Phantasie der Beteiligten vermieden werden können. Dazu gehört auch die Verrechtlichung ökologischer Forderungen und die Schaffung von ökologischen Mandaten in Unternehmen und im kommunalen Umfeld. Und natürlich ist dafür auch die Schaffung einer ökologisch sinnvollen Infrastruktur eine Voraussetzung- wenn ich das Auto mit dem öffentlichen Verkehrsmittel vertauschen will, muß dieses auch bereitstehen. Aber allein eine solcherart vernetzte Lösungsstruktur wird der Vielschichtigkeit und „Komplexität“ des Ökologieproblems gerecht und bietet die Chance, Vollzugsdefizite der Politik durch das in die gesellschaftlichen Teilsysteme eingebaute Widerstandsrecht, durch gesellschaftliche Kontrollen und Regeln zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang könnten gewerkschaftliche Politikformen von großer Bedeutung sein: So käme es auf der Betriebsebene darauf an, ein deutliches ökologisches Mandat für die Interessenvertretung durchzusetzen, das besonders im Bereich

des Arbeitsschutzes wirken könnte; zugleich müßten die Rechte der Umweltschutzbeauftragten erweitert und vor allem erhärtet werden. Die Öko-Audit-Richtlinie könnte dabei eine Plattform für Forderungen nach ökologischen Informations- und Mitbestimmungsrechten im Betrieb werden. Und auch das Instrument des Tarifvertrages könnte für die Durchsetzung ökologischer Interessen der Beschäftigten eingesetzt werden. Darüber hinaus setzt die Einforderung dieser Rechte und die Entwicklung von Gegenmacht auf diesen Gebieten Aufklärung über Ökologie voraus, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit fest verankert werden müßte.

Es käme also nach dem bisher Gesagten darauf an, die eigenen Handlungsprämissen mit dem Prinzip Verantwortung zu ergänzen, und das heißt, bei der Formulierung der persönlichen bzw. einzelwirtschaftlichen Ziele jenseits kurzfristig erreichbarer Ziele langfristige gesellschaftliche Erfordernisse mitzudenken und dies auch gegenüber anderen in der Gesellschaft argumentativ durchzusetzen - im Sinne eines ökologischen Diskurses. Eine solche Forderung allein zieht zu Recht den Vorwurf des Moralismus auf sich, wenn nicht zugleich solcherart Prämissen durch gesellschaftliche Vorgaben (also durch Rechtsetzung) sozusagen von außen erzwungen bzw. abgesichert werden. Mit anderen Worten, das Individuum bzw. die Gewerkschaft oder das einzelne Unternehmen muß in Grenzen sicher sein, daß sein bzw. ihr verantwortungsvolles Verhalten gesellschaftlich nicht bestraft, sondern honoriert wird. Allerdings ist zu vermuten, daß eben solche Regulierungen, die diese Sicherheiten bieten, nur durch gezielte Aufklärung und gesellschaftlichen Druck politisch durchzusetzen sind. Und hier wird die internationale Ebene von großer Bedeutung sein, denn einerseits wissen wir spätestens seit dem Ozonloch und der drohenden Klimakatastrophe, daß die ökologische Krise keine nationalen Grenzen kennt, andererseits könnte sonst eine nationale Umweltschutzpolitik immer wieder durch die ökonomische Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgehebelt werden zu denken ist an den Giftmülltourismus und die Produktion von FCKWs in der Dritten Welt.

Maßstab einer ökologisch regulierten Ökonomie und Gesellschaft müßte dabei einmal das Prinzip der *Prävention*, darüber hinaus das Prinzip der *Nachhaltigkeit* sein. Prävention heißt hier, daß ökologische Schädigungen innerhalb und außerhalb des Betriebes und Externalisierungen von Anfang an vermieden werden müßten, statt im nachhinein mit sehr viel größerem gesellschaftlichen Aufwand und ohne hundertprozentige Erfolgsgarantie repariert werden zu müssen - auch wenn sich die Reparaturoption viel leichter in keynesianische Nachfrage- und Arbeitsbeschaffungsprogramme integrieren läßt. Und Nachhaltigkeit bzw. eine ökologisch nachhaltige Entwicklung (sustainable development) heißt, daß die Ökonomie nur soviel Naturressourcen verbrauchen dürfte, wie durch Nachwachsen bzw. technische Regeneration aus dem biologischen, technischen und ökonomischen System der Natur wieder zugeführt werden kann. Daß die Umsetzung dieser Ziele kein Königsweg ist, sondern auf eine „nachhaltige“ Zähmung des kapitalistischen Systems hinausläufe, sei hier nicht verschwiegen.

Gewerkschaftliche Ökologiekonzepte jenseits der Arbeitsplatzfalle

Es darf schon deshalb nicht verschwiegen werden, weil ja die Gewerkschaften selbst als integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems von einem solchem Umbau betroffen sind - und zwar zunächst einmal negativ. Indem Gewerkschaften die Interessen der Mitglieder an ihren Arbeitsplätzen (= Einkommensquellen) verteidigen, sind sie notgedrungen auch Verteidiger jener ökonomischen Produktions- und Konsumstrukturen, die die benannten ökologisch destruktiven Folgen haben. Anders ausgedrückt: Gerade weil Gewerkschaften basisorientiert sind, gerade weil sie die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen, gerade deshalb sind sie strukturell befähigt gegenüber gesamtgesellschaftlichen ökologischen Lösungen, die die gegebenen Pro-

duktions- und Konsumstrukturen verändern oder sogar aufheben. Die Beschäftigten sind selbst Teilnehmer an ökologisch destruktiven Handlungslogiken und -Systemen. Die Frage „Arbeitsplatz oder Umweltschutz?“ wird natürlich von ihnen im Konfliktfall zugunsten der eigenen Existenzsicherung entschieden, auch wenn verdienstvolle Studien wie die von Hartwig Heine und Rüdiger Mautz bereits Ende der achtziger Jahre nachgewiesen haben, daß das Umweltbewußtsein bei Arbeitnehmer allgemein hoch ist.² Weil dieser unmittelbare Existenzdruck da ist, der durch die Globalisierung der Märkte ja auch nicht geringer geworden ist, sind bei ökologischen Forderungen die Belegschaften auch immer im Konfliktfall in einem bestimmten Maße vom Arbeitgeber erpreßbar.

Um so bedeutsamer erscheint daher die Losung, daß Umweltschutz gesamtgesellschaftlich gar keine Arbeitsplätze abschafft, sondern erst zusätzliche Arbeitsplätze und Einkommen schafft und somit auch ökonomisch zur Wohlfahrtssteigerung beiträgt. Leider greift jedoch dieses Argument nicht. Einmal deshalb nicht, weil es ein schwacher Trost für die betroffenen Arbeitnehmer ist, daß anderswo und in anderen Teilarbeitsmärkten, für die sie nicht qualifiziert sind oder für die sie zu alt sind etc., Arbeitsplätze geschaffen werden, ihre eigenen Arbeitsplätze aber eben verloren gehen (auch hier ist die gesamtwirtschaftliche Logik nicht mit der individuellen Handlungslogik deckungsgleich). Darüber hinaus aber auch deshalb nicht, weil die Formel „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ auch gesamtwirtschaftlich nicht zwingend begründbar ist - wie Sylke Nissen kürzlich nachgewiesen hat.³ Vor allem aber: Ist es überhaupt sinnvoll, die Lösung der ökologischen Frage an die Lösung der Arbeitsplatzprobleme zu koppeln?

Natürlich spricht nichts gegen sinnvolle Umbaukonzepte, die mit Beschäftigungspolitik verknüpft werden - wie ja überhaupt angesichts der erwähnten Vernetzung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemstellungen sinnvolle Politiken die jeweiligen Folgen der Problemlösung in einem Teilsystem in den jeweils anderen Teilsystemen mit bedenken müßten (die Einführung von Ökosteuern als Verbrauchssteuern muß z. B. sozial flankiert werden, wenn sie nicht zu einer sozialpolitisch nicht hinnehmbaren Schieflage der Abgabenbelastung führen soll). Es spricht aber vieles gegen die generelle Indienstrategie des einen existenziellen Problems - der Ökologie - durch die Lösung des anderen - das der Massenarbeitslosigkeit. Beide Probleme sind für sich genommen von so existenzieller Bedeutung, daß sich eine Funktionalisierung des einen zur Lösung des anderen verbietet - Nullsummenspiele helfen nicht weiter.

Um noch einmal auf den Kern der Argumentation zurückzukommen. Jeder sinnvolle Umbau der Industriegesellschaft in Richtung auf eine Schonung der ökologischen Ressourcen *und* auf ein Mehr an sozialer Solidarität wird in Konflikt kommen mit einzelwirtschaftlichen und individuellen Handlungslogiken. Es sind nicht nur die Unternehmer, die hier ihr einzelwirtschaftliches Handeln in eine ökologische und soziale gesamtgesellschaftliche Vernunft bzw. Verantwortung einbinden lassen müssen. Es sind auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Konsument, die ihre Handlungslogiken ändern müssen. Auf sozialem Gebiet hat ja der Versuch der Gewerkschaften, dies unter dem Stichwort "Teilen verbindet" zu praktizieren, schmerzhaft Erfahrungen hinterlassen. Auch die Einschränkung des exzessiven Individualverkehrs, der Verzicht auf den Manta oder den Mercedes, ist eine Form des verantwortungsvollen Teilens, der der eigenen Handlungslogik Fesseln anlegt.

Die Lösung dieses Problems - des Einbaus normativer Elemente in das individuelle oder einzelwirtschaftliche Kalkül - stellt sich heute für die Gewerkschaften des-

2 Hartwig Heine/Rüdiger Mainz, Industriearbeiter kontra Umweltschutz, Frankfurt/New York 1989-

3 Vgl. Sylke Nissen, Umweltpolitik in der Beschäftigungsfalle. Marburg 1993.

halb so schwierig da, weil die sozialen Ressourcen, aus denen sich die alte Arbeiterbewegung dabei bedienen konnte und mit deren Hilfe individuelle Interessen in eine solidarische, auf das System als Ganzes bezogene Politik eingebunden werden konnten, nahezu versiegt sind: nämlich die überkommenen soziokulturellen Milieus in der Arbeitnehmerschaft. Der solidarische und ökologische Diskurs - wenn er denn gewollt wird - muß sich heute in der Gewerkschaft selbst legitimieren, kann nicht mehr oder kaum noch, auf alte Normen von Solidarität und Gesellschaftlichkeit zurückgreifen. Um so wichtiger ist es, die politische Kultur in den Gewerkschaften weiter zu entwickeln, zu öffnen, damit das Prinzip Verantwortung in der Auseinandersetzung mit der Unternehmensseite und in der eigenen gewerkschaftspolitischen Praxis Konturen gewinnen kann.

